



BREXIT politisch begleiten und bedarfsgerecht beraten

In weniger als einem Jahr verlässt das Vereinigte Königreich (UK) die Europäische Union (EU). Nach dem Austritt am 30. März 2019, gefolgt - im Falle eines ratifizierten Austrittsabkommens - von einer Übergangsphase bis Ende 2020, wird derzeit ein Freihandelsabkommen zwischen der EU-27 und der UK anvisiert, das ab Anfang 2021 greifen sollte. Ob es gelingt, rechtzeitig ein Freihandelsabkommen abzuschließen, ist ungewiss. Sollte es zu keiner Einigung auf eine Anschlusslösung kommen, würde der Handel zwischen UK und der EU lediglich nach den WTO-Regeln erfolgen. Der britische Markt rangiert für Berliner Unternehmen weiterhin unter den TOP 10 mit exportseitigem Wachstum. Frühestens ab 30. März 2019, spätestens ab 31. Dezember 2020 müssen sich Berliner Unternehmen auf den Handel mit der UK als Drittstaat einstellen (Zollformalitäten und andere Handelshemmnisse).

BERLINS UK-BUSINESS TROTZ BREXIT POSITIV

UK ist für Berlin ein traditionell wichtiger Handelspartner: 2017 betrug das gesamte Handelsvolumen zwischen Berlin und UK rund 1,2 Mrd. Euro und macht somit 4 % der gesamten Berliner Wirtschaft aus. Der Export verstreicht trotz BREXIT-Entscheids ein Plus von 11%. Importseitig bleibt seit 2016 der Trend negativ - zuletzt mit Einbußen von ca. 8%. Berliner Unternehmen beliefern UK vor allem mit Nahrungs- und Futtermittel (22%), sowie sonstige Fahrzeuge (16%). Auf Abnehmerseite ist besonders die Nachfrage nach Leder und Lederwaren (19%) und sonstigen Waren groß. Maschinen, Kraftwagen und Kraftwagenteile machen gemeinsam ein Fünftel der importierten Waren aus.

BERLINER WIRTSCHAFT BETROFFEN ABER GELASSEN

Die aktuelle [DIHK-IHK-Umfrage 2018](#) bringt drei wesentliche Ergebnisse hervor: (1) Der bevorstehende BREXIT ist bereits jetzt eine Belastung für Unternehmen. Sie erwarten für 2018 eine Abnahme des UK-Geschäftes und verlagern z.T. UK-Investitionen auf andere Märkte. (2) Unklarer BREXIT und unregelmäßiger Übergang generieren Unsicherheiten und verhindern langfristige unternehmerische Planung. (3) EU-Binnenmarkt hat für Unternehmen die oberste Priorität.

BERLINER POLITIK WEITESTGEHEND UNBETEILIGT

Das Land Berlin hat den BREXIT bislang nicht systematisch auf der Agenda. Ein breit aufgestellter und partizipativer BREXIT-Resonanzkörper zur ausdifferenzierten Sensibilisierung des Berliner Senats zu möglichen

Auswirkungen auf die Wirtschaftsbeteiligten fehlt bislang. Die IHK Berlin weicht mit dem Thema BREXIT-Betroffenheit europäischer Metropolen auf die Bundesebene (u.a. DIHK) bzw. auf bi- und multilaterale Netzwerke aus. Im Ergebnis ist durch das DIHK-IHK-Netzwerk eine [BREXIT-Checkliste für Unternehmen](#) erarbeitet und auf die Berliner Wirtschaft zugeschnitten worden. Auch eine Untersuchung möglicher gesamtwirtschaftlicher BREXIT-Effekte steht bislang aus.

IHK-AKTIVITÄTEN

- Gesamtinteressensvertretung der Berliner Wirtschaft gegenüber Politik und Verwaltung auf Land-, Bund- und EU-Ebene zum BREXIT
- BREXIT-Beratung der Unternehmen
- Aufbereitung und Bereitstellung von Informationen auf der [BREXIT-Website der IHK Berlin](#)
- Organisation von BREXIT-Veranstaltungen
- Beteiligung an bilateralen und multilateralen außenwirtschaftspolitischen Dialogfora, u.a. AEMC, BREXIT-Dialog mit der CCI London

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- [EU-Kommission | BREXIT-Preparedness](#)
- [BREXIT-Webseite des DIHK](#)
- [GTAI-Special BREXIT](#)

ANSPRECHPARTNER/IN 

Dr. Valentina Knezevic | Telefon: +49 30 31510-243
E-Mail: valentina.knezevic@berlin.ihk.de